

## WA17 Dietrich-Bonhoeffer-Klinik erhalten – Versorgung suchtkranker Kinder und Jugendlicher sichern

Gremium: KV Oldenburg-Land

Beschlussdatum: 07.04.2026

Tagesordnungspunkt: 6. Weitere Anträge

### Antragstext

1 Die Dietrich-Bonhoeffer-Klinik in Ahlhorn ist eine spezialisierte Einrichtung  
2 für die stationäre und teilstationäre Behandlung von Kindern und Jugendlichen  
3 mit stoffgebundenen und nicht-stoffgebundenen Suchterkrankungen. Sie erfüllt  
4 eine wichtige Funktion innerhalb der bestehenden Versorgungslandschaft für junge  
5 Menschen mit komplexem therapeutischem Bedarf.

6 Die drohende Schließung der Klinik würde einen gravierenden Einschnitt in die  
7 ohnehin begrenzten Versorgungsstrukturen für suchtkranke Kinder und Jugendliche  
8 bedeuten. Nach Daten der Deutschen Suchthilfestatistik sind spezialisierte  
9 stationäre Therapieangebote für diese Altersgruppe bundesweit nur in begrenztem  
10 Umfang vorhanden. Der Wegfall einer Einrichtung dieser Art würde die bestehende  
11 Unterversorgung weiter verschärfen und den Zugang zu dringend benötigten  
12 Therapieplätzen erheblich einschränken.

13 Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen fordert  
14 daher die zuständigen Akteure auf Landes- und Bundesebene, die beteiligten  
15 Kostenträger sowie den Träger der Einrichtung nachdrücklich auf, die drohende  
16 Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik abzuwenden und die Therapieangebote  
17 für Kinder und Jugendliche mit Suchterkrankungen dauerhaft sicherzustellen.

18  
19 Zentrale Forderungen:

#### 20 1. Kurzfristige Sicherstellung von Finanzierung und Betrieb

21 Alle beteiligten Akteure – insbesondere die Deutsche Rentenversicherung, die  
22 gesetzlichen Krankenkassen, der Klinikträger sowie die Landes- und Bundespolitik  
23 – müssen unverzüglich einen tragfähigen und pragmatischen Lösungsansatz  
24 entwickeln, um den laufenden Betrieb der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik zu sichern.

25 Der Zugang junger Menschen zu notwendiger Behandlung darf nicht von  
26 kurzfristigen

27 betriebswirtschaftlichen Erwägungen abhängig gemacht werden.

#### 28 2. Politische Verantwortung übernehmen und koordiniert handeln

29 Die Behandlung von Suchterkrankungen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.  
30 Bund, Land und

31 Kostenträger tragen hierfür eine gemeinsame Verantwortung. Die Landesregierung  
32 Niedersachsen – insbesondere das Niedersächsische Ministerium für Soziales,  
33 Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung – wird aufgefordert, den Wegfall dieser  
34 wichtigen Versorgungsstruktur nicht hinzunehmen, politischen Druck auf die  
35 Kostenträger und den Bund auszuüben und sich klar und öffentlich für den Erhalt  
36 spezialisierter Suchthilfeangebote für Kinder und Jugendliche einzusetzen.

#### 37 3. Langfristige Sicherung und Reform der Finanzierungsstrukturen

38 Die Finanzierung spezialisierter Therapieangebote für Kinder und Jugendliche mit  
39 Suchterkrankungen muss dauerhaft auskömmlich, verlässlich und bedarfsgerecht  
40 ausgestaltet werden. Erhebungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)

41 zeigen, dass Einrichtungen der Suchthilfe seit Jahren strukturell  
42 unterfinanziert sind und wirtschaftliche Defizite zunehmend den Fortbestand  
43 ganzer Versorgungsangebote gefährden. Besonders spezialisierte Einrichtungen  
44 geraten dabei unter Druck, da der hohe personelle und therapeutische Aufwand in  
45 bestehenden Vergütungssystemen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Die  
46 niedersächsischen Mitglieder des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, sich  
47 aktiv für entsprechende Reformen der Finanzierungsstrukturen auf Bundesebene  
48 einzusetzen.

## Begründung

Suchterkrankungen bei Kindern und Jugendlichen stellen eine wachsende gesundheitspolitische Herausforderung dar. Während der Konsum klassischer Suchtmittel wie Alkohol und Tabak teilweise rückläufig ist, nehmen nicht-stoffgebundene Abhängigkeiten deutlich zu.

Aktuelle Studien der DAK-Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf zeigen, dass über 25 % der 10- bis 17-Jährigen ein riskantes oder pathologisches Nutzungsverhalten sozialer Medien aufweisen. Rund 4–5 % erfüllen bereits die Kriterien einer manifesten Abhängigkeit. Damit besteht bei einem erheblichen Teil der Jugendlichen ein konkreter therapeutischer Bedarf. Gerade bei Kindern und Jugendlichen sind frühzeitige, spezialisierte Therapieangebote entscheidend, um langfristige gesundheitliche, soziale und berufliche Folgeschäden zu vermeiden. Der Abbau bestehender Versorgungskapazitäten verschärft die Problemlage und verlagert die Folgen in andere Systeme wie Jugendhilfe, Schule, psychiatrische Versorgung und später den Arbeitsmarkt.

Zugleich ist der Erhalt spezialisierter Suchthilfe nicht nur sozial-, sondern auch finanzpolitisch geboten. Studien zur ambulanten Suchthilfe zeigen, dass Investitionen in frühzeitige Behandlung erhebliche Folgekosten vermeiden können und ein hohes gesellschaftliches Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen. Auch für stationäre Therapieangebote ist von signifikanten langfristigen Einsparungen auszugehen, etwa durch vermiedene Krankenhausaufenthalte, geringere Inanspruchnahme der Jugendhilfe und stabilere Bildungs- und Erwerbsbiografien. Die drohende Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik ist daher kein betriebswirtschaftliches Einzelproblem, sondern ein politischer Testfall für die Verlässlichkeit staatlicher Daseinsvorsorge.

Wer zulässt, dass spezialisierte Suchthilfe für Kinder und Jugendliche wegbricht, nimmt langfristige Schäden und höhere gesellschaftliche Folgekosten bewusst in Kauf. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen bekennt sich zu einem Versorgungssystem, das sich am tatsächlichen Bedarf junger Menschen orientiert – nicht an kurzfristigen Sparlogiken.

### Quellen:

Deutsche Suchthilfestatistik (DSHS). Institut für Therapieforschung (IFT), München. Jahresberichte und aktuelle Auswertungen zur ambulanten und stationären Suchthilfe in Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.suchthilfestatistik.de/>

Bundesministerium für Gesundheit (BMG). Deutsche Suchthilfestatistik – Epidemiologie des Suchtmittelkonsums

Informationen zur Versorgungslage und Entwicklung von Suchterkrankungen in Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/drogen-und-sucht/epidemiologie-des-suchtmittelkonsums/deutsche-suchthilfestatistik>.

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS). Bericht zur Finanzierung der Suchtberatung in Deutschland (2024)

Analyse zur strukturellen Unterfinanzierung der Suchthilfe und zu volkswirtschaftlichen Effekten früher Intervention. Online verfügbar unter: [https://www.dhs.de/fileadmin/user\\_upload/2024-09-26-](https://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/2024-09-26-)

[Bericht\\_zur\\_Finanzierung\\_der\\_Suchtberatung\\_FINAL.pdf](#)

DAK-Gesundheit / Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). DAK-Mediensucht-Studie 2024/2025. Längsschnittstudie zur problematischen und pathologischen Mediennutzung bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Online verfügbar unter: [https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/dak-studie-mediensucht-2024\\_91442](https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/dak-studie-mediensucht-2024_91442)

Servicestelle Kinder- und Jugendschutz. Neue DAK-Studie zur problematischen Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen

Zusammenfassung und Einordnung der aktuellen Studienergebnisse. Online verfügbar unter: <https://www.servicestelle-jugendschutz.de/2025/03/neue-dak-studie-praesentiert-zahlen-zur-problematischen-mediennutzung-von-kindern-und-jugendlichen/>